

Abonnements:
Monatlich 55 Pfennig ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.10, monatlich 70 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6gepalt. Petitzeile kostet 15 Pfg.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die fällige Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition Wiesbaden abgegeben
sein. Schluß der Inseratannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Volksstempelkonto 629.
Union-Druckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Bittorf, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weidinger, 49, Telephon 1026 — Expedition: Weidinger, 9, Telephon 5715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Mäler. —
Verlag der Volksstimme Mäler & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., fäml. in Frankfurt a. M.

Nummer 58

Donnerstag den 9. März 1916

27. Jahrgang

Mainkanal und Kraftwerk Main-Weser.

Verdun und das Bingen in Paris. — Churchill und die britische Flotte.

Ein Kulturwerk.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Dem Landtag ist soeben eine Druckschrift zugegangen, die sich betitelt: Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Ausbau von Wasserkräften des Main. Es handelt sich um ein weit bedeutungsvolleres Unternehmen, als der schlichte Gesetzestitel abtut. Wenn nämlich die projektierten Anlagen fertiggestellt sind, dann erstreckt sich die Stromversorgung seitens der nun verbundenen staatlichen Elektrizitätswerke auf ein Gebiet, das sich vom Main bis nach Bremen ausdehnt!

Auf Grund des Übereinkommens der Mainuferstaaten Preußen, Bayern, Hessen und Baden vom 21. April 1906 ist die Kanalisierung des Mains bis Alsfeldburg beschlossen. Preußen führt die Kanalisierung von Offenbach bis Sonau, Bayern die von Sonau bis Alsfeldburg aus. Laut dem für den Landtag erstatteten Sonderbericht des preussischen Ministeriums für öffentliche Arbeiten sind ihm seither für die Mainkanalisierung im Extraordinarium 4,3 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Bis zum 31. März 1915 — so weit geht die offizielle Berichterstattung — war die Schiffbarmachung des Mains preussischerseits im wesentlichen durchgeführt. Es wurden 1914 umfangreiche Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten vorgenommen. An den vier Schleusen wurden die hölzernen Tore durch eiserne ersetzt, ferner mußte die Uferbefestigung an den Schleusen zu Alsfeld und Alsfeldburg, sowie im Oberlauf zu Frankfurt einer durchgreifenden Erneuerung unterzogen werden. Durch die Kanalisierung wird eine Wassertiefe von 2,5 Meter hergestellt, die Schleusen erhalten eine Länge von 300 Meter und 12 Meter Tor- und Sohlenbreite. Mit dies bis zum projektierten Endpunkte überall durchgeführt, dann besitzt der Main bis Alsfeldburg den Charakter einer auch für bedeutende Lastschiffe benutzbaren Wasserstraße, ein für die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Maingebietes recht wesentlicher Faktor. Von sehr erheblicher Bedeutung auch für das Maingebiet ist aber die systematische Schiffbarmachung der Mosel, die immer noch nicht in den offiziellen Bauplan aufgenommen ist, obwohl die Erfahrungen während des Krieges die längst bestehenden Bestrebungen der Moseltalbewohner nach einer großzügigen Durchfuhrung der Moselkanalisierung stark unterstützen. Durch die Mosel- bzw. Saarkanalisierung würde auch eine billige Wasserstraße zwischen Südwestdeutschland und dem Maingebiet hergestellt, der den schon jetzt zwischen diesen Landesteilen bestehenden mannigfaltigen und großen Massengüterausstausch wesentlich förderte. Am Landtage haben die sozialdemokratischen Redner vor dem Kriege und wieder bei den jüngsten Erörterungen über Industrie und Handel die Verbesserung der süd- und mitteldeutschen Stromschiffahrtsverhältnisse, namentlich aber den Bau jenes Stüdes des mittelpreußischen Kanalsystems gefordert, dem der selbige Volkskammer den Namen „Laufkanal“ gab. Manche Beobachtungen lassen darauf schließen, daß die von den agrarischen Kanalarbeitern seinerzeit abgelehnte Verbindung des ostelbischen mit dem westdeutschen Strom- bzw. Kanalnetz doch in gut absehbarer Zeit gebaut werden wird. Für das Maingebiet speziell wäre eine regelmäßige schiffbare Wasserstraße ziemlich bis in das Herz des großen lothringisch-luxemburgischen Industriegebietes hinein von ganz besonderer Bedeutung.

Der Schiffsverkehr auf dem kanalisiertem Main ist bereits ein recht namhafter geworden. An der untersten Schleuse, bei Alsfeld, wurde 1910 ein Gesamt-Güterverkehr (ohne Holz) von 3214321 Tonnen ermittelt, 1912 betrug er 3404795 Tonnen, im Jahre 1913 etwas, auf 3353494 Tonnen, 1914 aber, lediglich infolge des Krieges, auf 2488839 Tonnen zurück. Am letzten Jahre verkehrten außerdem die Schleuse noch 2427006 Tonnen Holz. Etwa 1/3 des Güterverkehrs betraf sich flussaufwärts.

Nun aber sollen die Wasserkräfte des Mains für die Elektrizitätsversorgung eines weiten Gebietes ausgenutzt werden. Für diesen Zweck verlangt die Regierung einen Kredit von 62 Millionen Mark, die durch Staatsanleiheinverordnungen gedeckt werden sollen. An der Begründung des Gesetzesentwurfes wird gesagt, die technische Prüfung habe ergeben, daß an den drei Stauwehren zu Mainkur, Kesselstadt und Grob-Krotenburg durch Einbau von je vier Turbinen durchschnittlich jährlich 30 Millionen Kilowattstunden gewonnen werden könnten, von denen nach Abzug von Verlust- und Transformationsverlusten rund 25 Millionen Kilowattstunden verfügbar blieben. Um die natürlichen Schwankungen des Wasserstandes auszugleichen, müsse als Ersatzkraftstation eine Dampfkraftstation eingebaut werden. Weitere Untersuchungen haben ergeben, daß in den Monaten Februar-März die Wasserkräfte des Mains hauptsächlich verfallen, infolgedessen wird es um diese Zeit den dortigen Kraftwerken an den natürlichen Triebkräften

mangeln. Indessen stellte sich auch heraus, daß gerade in dieser Jahreszeit die auch für die motorische Kraftzeugung eingerichteten Talperrücken im oberen Weser-gebiet fast durchweg über große, sonst nicht ausgenutzte Wassermengen verfügen. Und nun geht das Projekt dahin, eine solche Verbindung der Kraftzentralen am Main und der im oberen Wesergebiet herausstellen, daß sie sich beiderseits gegenseitig ausbilden können, somit ein kontinuierlicher Betrieb ermöglicht ist. Nach der Verwirklichung dieses großzügigen Projektes würde die einheitliche Versorgung eines Gebietes mit Elektrizität zu motorischen und Lichtzwecken erreicht sein, das sich von Süddeutschland bis an die Nordsee erstreckt! Mit den Kreisen Fulda, Hünfeld, Schlüchtern, Gerfeld, Gelnhausen und der Stadt Sonau sollen besondere Kraftlieferungsverträge abgeschlossen werden, zum Teil ist schon eine Einigung erzielt.

Nach Artikel X des Staatsvertrages vom 21. April 1906 ist die Ausnutzung der neuen Staumühle am Main zur Kraftgewinnung den Regierungen der Mainuferstaaten jeweils auf ihrem Gebiete vorbehalten. Da bei den nun in Betracht kommenden drei Staustufen der Main die Grenze zwischen Preußen und Hessen bildet, steht die Hälfte der Wasserkraft Hessen zu. Die hessische Regierung hat aber auf eine Beteiligung an der Wasserkraftausnutzung verzichtet gegen die Zahlung einer Anerkennungsgebühr; dieselbe hat die bayerische Regierung, auf deren Gebiet die Kraftanlage Grob-Krotenburg übergreift, getan. In der Berücksichtigung der Betriebskosten für die drei Kraftanlagen sind denn auch 2500 Mark jährliche Anerkennungsgebühr für Bayern und Hessen vorgesehen. Insgesamt wird mit 640 000 Mark jährlicher Betriebskosten gerechnet. Die Anlagekosten der drei Kraftanlagen inkl. Grundenerwerb (13 000 Mark) sind auf 4 380 000 Mark veranschlagt. Einzu treten noch 50 000 Mark für Verwaltungsgebäude und Werkstätte, 1 100 000 Mark für 124 Kilometer Fernleitung und 670 000 Mark für Transformationsstationen. Schon wenn 16 Millionen Kilowattstunden (Durchschnittspreis 4 Pfennig pro Kilowattstunde) abgesetzt würden, könnte das Anlagekapital mit 5 Prozent verzinst und 1/2 Prozent amortisiert werden. Ein größerer Absatz ergäbe dementsprechend einen erheblichen Gewinn. Auf einen erheblich höheren Absatz als 16 Millionen Kilowattstunden kann aber wohl mit Bestimmtheit gerechnet werden. Die Rentabilität des Unternehmens kann also nicht fraglich sein.

In einer Zeit, wo unermeßliche Werte durch den Krieg zerstört werden, müssen wir Sozialisten die Anagnirnsnahme eines Kulturwerkes, wie es die geplante Wasserkraftausnutzung zweifellos darstellt, mit besonderer Freude begrüßen. Schon der Gedanke, die natürlichen Kraftquellen unserer Wasserkäufe unter staatlicher Regie zu verwerten, dies nicht der Spekulation zu überlassen, muß uns sympathisch sein. Daß dieser Gedanke in völliger Reife realisiert, nicht durch Gegen- und Unterströmungen getrübt wird, darauf haben wir bei der Stellungnahme zu dem vorgeschlagenen Projekt sorgsam zu achten.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 8. März. (W. B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Gegen die von uns zurückgeworfene Stellung östlich des Höhen Massons-de-Champagne setzten die Franzosen am späten Abend zum Gegenangriff an. Am westlichen Hügel wird noch mit Handgranaten gekämpft; sonst ist der Angriff glatt abgeschlagen.

Auf dem linken Maas-Ufer wurden, um den Anschluß an unsere rechts des Flusses auf die Südhänge der Côte-de-Talou, des Weiserbüdens und des Douaumont vorgeschobenen neuen Linien zu verbessern, die Stellungen des Feindes zu beiden Seiten des Forges-Baches unterhalb von Veshincourt in einer Breite von sechs und einer Tiefe von mehr als drei Kilometer gesichert. Die Dörfer Forges und Regneville, die Höhe des Raben- und St. Camiers-Waldes sind in unserer Hand. Gegenstände der Franzosen gegen die Südränder dieser Wälder fanden blutige Abweisung. Ein großer Teil der Besatzung der genommenen Stellungen kam um, ein unterwundener Rest, 58 Offiziere, 3277 Mann, wurden gefangen. Außerdem

sind 10 Geschütze und viel sonstiges Kriegsmaterial erbeutet.

In der Boivre wurde der Feind auch aus den letzten Häusern von Fresnes geworfen. Die Zahl der dort gemachten Gefangenen ist auf 11 Offiziere, über 700 Mann gestiegen; einige Maschinengewehre wurden erbeutet.

Unsere Flugzeuggeschwader warfen mit feindlichen Truppen belegte Ortschaften westlich von Verdun mit Bomben.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

An mehreren Stellen der Front wurden russische Teilangriffe abgewiesen.

Die Eisenbahnstrecke Ljachowitschi (südöstlich von Warasowitschi)-Luninice, auf der starker Bahnverkehr beobachtet wurde, ist mit gutem Erfolg von unseren Fliegern angegriffen worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Seeresleitung.

Die französische Sorge um Verdun.

Der deutsche Tagesbericht vom Mittwoch löste das Rätsel, wie es kam, daß der französische Bericht einen deutschen Erfolgs früher meldete, als er uns bekanntgegeben wurde: die deutsche Seeresleitung wollte abwarten, bis die Angriffsbewegung zum vorläufigen Ziel gediehen war; nun ist es soweit, wir wissen, daß wie zuerst der nordöstliche Sektor, nun auch der nordwestliche bekannt werden wird. Es kostet Opfer; schade um jeden Mann, der auf beiden Seiten erhalten bleiben konnte, hätte man sich zuvor zur Verständigung gefunden. Aber wenigstens hoffen wir, daß die Opfer den Sinn haben, das Ende des Krieges zu beschleunigen.

Ein über die Schweiz eingehendes Telegramm aus London meldet, daß australische und kanadische Truppen an der Verteidigung Verduns teilnehmen. Von den Australiern steht dort eine Brigade Belagerungsartillerie. Davon scheint man auf deutscher Seite noch nichts gemerkt zu haben und es ist auch wenig wahrscheinlich. In kritischen Tagen wird viel kombiniert; heißt es doch auch, was in diesem Zeitraum ganz unabweisbar klingt, die Entente transportiere Truppen von Salonik nach Frankreich.

Glaubhaft sind dagegen Meldungen von der fieberhaften Spannung in Paris; die Regierung nehme die Presse in eiserne Fäden, damit keine Panik ausbräche. In der Tat ist ja auch Clementaues Blatt schon vor einigen Tagen auf Wochenfrist verboten worden, wie bestimmt verlautet wegen eines Artikels über Verdun. Ein Zeichen der Nervosität sind Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Kriegsministers Gallieni. Er werde, so wird vermutet, durch ernste Zwistigkeiten innerhalb der Regierung oder zwischen den führenden militärischen Persönlichkeiten, vielleicht im besonderen zwischen Gallieni und Joffre, zu erklären sein. Als der General anstelle Millerands das Kriegsministerium übernahm, war er die große Hoffnung der Nation. Viele erblickten in ihm vor allem den Organisator des Sieges, das Rückgrat des Widerstandes. Ginge er, so dürfte der Eindruck in Frankreich ein sehr peinlicher sein.

Ueber die militärische Lage urteilt der militärische Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“: Der strategische Wert des großen besetzten Lagers Verdun ist schon heute vollkommen gebrochen. Verdun hat seine offensivde Ausfallstellung gegen die Südhänge unserer Westfront verloren. Allein das ist schon ein Riesengewinn.

Im „Berliner Tageblatt“ urteilt Major Morab: Wäre man in Paris nicht so namenlos töricht gewesen, den deutschen Berichten und deren Kommentaren den Eingang zu sperren, man hätte das Schicksal von Verdun weniger blutig gestalten können. Es ist erklärlich, daß Frankreich sich durch Vorstöße in der Champagne Luft zu machen verlor. Aber diese aggressive Hoffnung beruht auf falscher Voraussetzung. Wir sind nicht schwach dort. Das beweisen unsere Truppen in ihrer aktiven Abwehr bei Maillon de Champagne. Unsere todesmutigen Truppen, ihre überlegene Führung und Gruppierung und sicher vorarbeitende Organisation haben uns in Westen wieder um ein gutes Stück vorwärts gebracht.

Der Geist des britischen Unbehagens.

Im Unterhause gab es am 6. und 7. März (siehe Medien, in denen sich persönliche Gegensätze ausdrücken, die aber der Erkenntnis entzogen sind, daß Englands Kriegsberechnungen bitterböse zunichte gemacht sind und keine einzige der bei Kriegsbeginn bestehenden Voraussetzungen Stand gehalten hat. Churchill, der angeblich wieder zur Front in Flandern geht und wohl das Bedürfnis empfindet, von sich reden zu machen, sagte seinem Nachfolger im Flottenamt einige Vorbehalte. Er wies jedoch mit Nachdruck auf die Gefahr hin, daß man mit der Durchführung des Flottenbauprogramms im Rückstand bleibe und verlangte die Rückkehr des Admirals. Die Behauptung, daß im Schiffbau ein Stillstand eingetreten sei, ist unrichtig. Die Flotte wurde gewaltig vergrößert. Seit Kriegsbeginn wurde das Personal mehr als verdoppelt. Der Tonnageanstieg habe, wenn man die Hilfskreuzer einschließt, um eine Million zugenommen. Der Auftrieb der Flotte wurde verzehnfacht. England könne mit der Art, wie es die riesige Aufgabe durchgeführt habe, zufrieden sein. Nur die Panzerkreuzer, die England verloren habe, seien nicht ersetzt worden. Sowohl die Anzahl der Schiffe, als die Kanonen und Munitionsvorräte hätten zu genommen. Man leide jedoch Mangel an einigen Schiffsorten. Die Lords der Admiralsität möchten diesem Mangel gern abhelfen. Die Erbauung dieser Schiffe sei aber infolge des Mangels an Arbeitskräften verzögert. Man könne sich die notwendigen Arbeiter nicht verschaffen, ehe die hierfür geschulten Leute von der Front entlassen würden. Die Arbeiter auf den Schiffswerften würden nun längere Schichten als sonst machen. Zweitens äußerte Balfour sich darüber, daß in Deutschland die Rückkehr der „Röbe“ gefeiert werde, das Maß für Heldentaten sei dort also nicht hoch gestellt.

Natürlich konnte eine solche Antwort Churchill nicht genügen. Er hatte geäußert, daß die Admiralsität die Monitorflotte vertrieben habe und warf ihr vor, daß sie nur eine negative Umsicht an den Tag lege. Das einzige Mittel gegen Zepplinsangriffe sei, daß man die Zepeline in ihren Hallen vernichte. Er könne nicht begreifen, warum die Flieger nach Köln, Düsseldorf und Cuxhaven mit den viel größeren Kampfmitteln, die jetzt zur Verfügung ständen, nicht wiederholt würden. Balfour erklärte Churchill: Es gibt keine Grenzen, wo es eine englische Flotte gibt. Es gibt auch andere Notwendigkeiten, die dem Allernotwendigsten und Notwendigsten Konkurrenz machen könnten. Churchill kann also auch nicht von der Großmütigkeit lassen; als er sagte: Glaubt vielleicht jemand, daß Deutschland eine große Flotte totlos im stiel Kanal liegen läßt? rief man ihm zu: Wer hat denn gesagt, daß man sie ausgraben sollte wie Wägen? Churchill rettete die Situation, indem er erklärte, er bewahre diese Bemerkung jenseits gemacht zu haben. Das Eingeständnis wurde mit warmen Beifall begrüßt.

Ob wirklich Churchills Rat wegen Rückberufung Lord Fishers befolgt wird? Fisher ist der Vertreter der weitesten Draufgänger, einseitigen aber wird das amtliche England es lieber noch mit der Vorsicht halten. Man will ja alles tun, um die Heben Verbindeten, aber um Himmelswissen nicht allzuviel dabei riskieren. Ein ins Ausland, nach Genf übergestelltes belgisches Blatt, „Belgique Indépendante“, hat eben jetzt Englands Verhalten bitterböse kritisiert. Da heißt es u. a.: „Wie? Sollten die Engländer wirklich die Absicht haben, sich selbst in den Kampf zu begeben? Ohne Zweifel ist das in den Augen vieler Engländer geradezu lächerlich. Aber halten sie uns wirklich für so dumm? Ihre Regierung merkt allmählich, daß das hübsche Spiel, andere für sich sterben zu lassen, aufhören muß. Leider hat sie dazu achtzehn Monate gebraucht. Das kommt nun freilich, ihr Herren Engländer, mindestens um ein Jahr zu spät. Die größte Enttäuschung des Krieges ist eure Nation, die den Krieg herausbeschrieben hat. Glaubt einem, der sechzehn Monate in Frankreich lebte: es sind nicht die Belgier allein, die durch eure allzu große Geschäftlichkeit und durch eure völlige Gewissenlosigkeit bitter betrogen worden sind!“

An anderer Stelle bemerkt das Blatt: „Im Jahre 1914 gab die englische Heeresleitung bekannt, was sie im Jahre

1915 leisten werde. Im Jahre 1915 entschied sie sich, bis zum Frühjahr 1916 zu warten. Jetzt behauptet sie, eine völlig neue Taktik gefunden zu haben: sie verzichtet auf den Versuch, die deutschen Linien zu durchbrechen, bildet sich vielmehr ein die Stellungen Stücken für Stücken durch einen fortgesetzten Eisenhagel zurückzuziehen zu können. Bis zu einem Erfolg soll es freilich mehrere Jahre dauern. Und dabei gibt es ein Brügge, ein Gent, ein Brüssel und ein Belgien! Aber es würde freilich den Knochen einiger englischer Grenadiere schädlich sein, wenn England seine Pflicht tun wollte! England und Frankreich sind in diesem Kriege miteinander verbunden wie Reiter und Pferd; bis jetzt war Frankreich immer das Pferd. Wenn die Kollen einmal verkauft werden sollen, dann will England nicht mehr!“

Der Schiffsraub durch Portugal.

Berlin, 8. März. (B. V.) Nach einer Meldung aus London werden die in portugiesischen Häfen aufgelegten deutschen Handelsdampfer nach der Entfernung der deutschen Besatzung von englischen Schiffsfahrtslinien in Betrieb genommen. Die Dampfer sollen für den Transport von Kohlen und Kriegsmaterial von England nach Italien und Salonik verwendet werden. Die portugiesische Regierung hat die Dampfer für die Dauer des Krieges an eine große Lissaboner Firma verchartert, welche die Vercharterung an die englischen Linien vermittelt.

London, 8. März. (B. V.) „Daily Telegraph“ meldet aus Madrid vom 3. März: Das Gerücht, daß die deutschen Schiffe, welche die portugiesische Regierung beschlagnahmt hat, durch die Portugiesen unbrauchbar gemacht worden seien, ist nur zum Teil richtig. 22 von 37 Schiffen sind tatsächlich beschädigt worden. 16 sind unbrauchbar gemacht, da Maschinenteile in den Läden geworfen sind und eine dreimonatige Ausbesserungszeit erforderlich ist. „Daily Telegraph“ meldet weiter, daß auf den beschlagnahmten Schiffen „Vetropolis“, „Gochfeld“, „Guano“ und „Colmar“ die Maschinen erheblich beschädigt sind.

Amerika und der U-Boothkrieg.

Washington, 8. März. (B. V.) Von dem Vertreter des Wolfischen Bureaus. Der Geschäftsordnungsantrag, welcher die Plenardebatte über den Antrag auf Verhängung der Resolution Roosevelt betreffend das Reisen von Amerikanern auf besetzten Schiffen geistlich beschlagnahmt, wurde mit 271 gegen 138 Stimmen angenommen. Die Abstimmung des Repräsentantenhauses bedeutet ebenso wie diejenige des Senats über die Resolution Gore, daß, solange der Abschluß der diplomatischen Verhandlungen mit Deutschland aussteht, Wilson durch irgendwelche Tätigkeit des Kongresses nicht beeinträchtigt werde. In der Debatte über den Geschäftsordnungsantrag sagte Mann, der Führer der Republikaner: Wenn wir richtig berichtet sind, wünscht der Präsident unsere Meinung über die Frage von Reisen von Amerikanern auf besetzten Schiffen. Wenn wir jetzt sagen, die Resolution Roosevelt geht auf den Tisch, äußern wir keine Meinung über den Gegenstand, es sei denn, daß man unsere Handlungsweise als Einladung zu solchen Reisen ansieht. Ich bin nicht dafür, eine solche Einladung ergehen zu lassen, welche uns in die internationalen Verwicklungen hineinziehen könnte.

Berlin, 8. März. Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus dem Haag: Ein Bruder des amerikanischen Botschafters in England, Robert Newton Page, der in Nord-Carolina den Senat vertritt, gab die Erklärung ab, daß er das politische Leben verlassen wolle. Der Grund sei sein Gegenstand zu der Politik Wilsons. Er mißbilligt die englischen Anleihen in Amerika und die Behandlung der U-Boothfrage durch die Regierung.

Italien und der „größere Krieg“.

Vern, 8. März. (B. V.) Nach der italienischen Presse beschäftigen sich die Kammer gestern fast ausschließlich mit dem Verlangen Salandras, die Anfrage von Vigna wegen der Unterstützung der Familien Einberufener auf sechs Monate zu verlagern. Rundschiff sprach der offizielle Sozialist Turati, der die Anwesenheit der Sozialisten verteidigte und den Vorwurf der beschuldigten Sabotage hinsichtlich des Krieges zurückwies. Aus der langen Rede verdienen folgende Worte Beachtung:

„des Grundes“ rundweg abgeschlagen. Aus dem Bescheid konnte der zukünftige Gottesstreiter herauslesen, daß der angeführte Grund nur als Vorwand angesehen wurde. Das warnte den braven Jüngling, und er sann auf Rache. Er las in den nächsten Tagen in der Welt zufällig den zweiten Brief St. Pauli an Timotheus. Da machte er eine überraschende Entdeckung. Schnell lief er in die Redaktion der „Neuen Zürcher Zeitung“ und bestellte eine Anzeige mit großer Schrift folgenden Wortlauts: „2. Tim. 4, 14-15a.“ Die Zeitungsleiter wurden stumm; da mußte doch etwas Besonderes dahinterstecken! Jeder griff nach dem Neuen Testament und las nach. Der Inhalt der Bibelstelle lautet: „Alexander, der Schmied, hat mir viel Böses bewiesen; der Herr bezahle ihm nach seinen Werken. Vor dem Hüt du dich auch.“

Der Krieg in der Familie.

Aus Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, erhielt dieser Tage die „B. V.“ von Ida Giffen die folgende niedliche Mitteilung: Ein Familienbild, das durch den Krieg getrübt ist. Die Eltern sind Italiener, seit langen Jahren hier ansässig; sämtliche Kinder sind hier geboren. Der Vater ist selbstverständlich ein glühender Anhänger der Deutschen, der dem eigenen Kalle den größten Vorrat nicht verzeihen kann. Er erweist sich so sehr über den Krieg, daß die Seinen es gewöhnlich vermeiden, in seiner Gegenwart darüber zu reden. Trotzdem entschließt sich wohl dem einen oder dem andern ein Wort, oder der alte Herr fängt selbst davon an.

Am schlußenden kommt dabei einer seiner Schwiegerkinder, ein Nordamerikaner, der begeisterte „Allierter“ ist. Der alte Herr macht sich nämlich mit Vorliebe das Vergnügen, in den Zeitungen die den Deutschen günstigen Nachrichten rot oder blau anzustreichen und sie dem Schwiegerkinder auf den Schreibtisch zu legen. Dann wird der junge Mann schwach und verliert sich in denartige Bemerkungen; er seinerseits provoziert auch keinen. Dann will sich der Vater ausschütten vor Lachen und die Tochter und Gattin muß Frieden stiften.

Eine andere Tochter ist mit einem Argentinier von französischer Herkunft verheiratet, der ebenfalls sonderbarerweise auf die Deutschen schwört; mit ihm natürlich seine Frau. Dieses Paar wird nun von den „Alliierten“ der Familie als Verräter bezeichnet und weidlich gegerst. „Was, Verräter!“ beteiligt sich der junge Mann. „Ich bin seit vielen Jahren in einem deutschen Hause angestellt, reise seit zwölf Jahren jeden Winter

Wir haben den Kollegen Vissolati in dieser Kammer einen Satz an Französisch und die französischen Waffen richtig hören. Der Sinn dieses Satzes war augenfällig. Oberhalb wird die Regierung können langsam nach Paris gehen. Das bedeutet einen größeren Krieg, bedeutet die Entziehung von Geld, was, in nachdenklichen Worten gesagt, bedeutet: Krieg dem italienischen Volke. Können wir diesen Dingen einfach den Lauf lassen? Wir denken, daß bereits viele blödsinnig sind, daß viele andere aber später noch blödsinniger werden können. Der Krieg wird nicht nur in den Schützengräben, sondern auch im Parlament und im Lande geführt, wo man die Unzufriedenheit infolge mangelhafter wirtschaftlicher Vorzüge und die Leiden der sich in anormalen Lebensbedingungen befindlichen Bevölkerung abstellt. Wir machen uns zum Dolmetscher aller, und Ihre Freunde, meine Herren von der Regierung, sind einem gewissen Scho gegenüber auch nicht laus.

Nach Turati sprachen Bonzano und Vissolati für die Regierung, worauf Salandra das Wort ergriff. Nach dem vorliegenden telephonischen Auszug ging Salandra nicht auf Turatis Anspielung wegen eines größeren Krieges ein, sondern beschränkte sich vielmehr darauf, auf die ungewöhnliche Erörterung von Gegenständen wie bei der Anfrage Vigna während des Krieges hinzuweisen, und seine vorgerichtete Forderung aufrechtzuerhalten. Anschließende berichtete er seine gestrige Aeußerung über seinen Appell an die Krone durch die Erklärung, daß in dieser Beziehung nichts Unvorstellbares oder gegen die Kammer Unrechtes oder Unkonstitutionelles war. Die Garantien und Vorrechte des Parlaments würden durch den Appell an die Krone in keiner Weise geschwächt. Man könne andererseits nicht zugeben, daß die Vorrechte der Krone vergessen würden. Nach diesen Worten ereignete sich ein Zwischenfall, indem der Abgeordnete Tedesco, der früher im Kabinett Giolitti Minister war, aufstehend und bestig rief: „Niemand hat man in der Duma so geschrien!“ Nach Beilegung des Zwischenfalls sprach der Abgeordnete Cavallotti, nach ihm zwei Abgeordnete von der alten Majorität für Giolitti, Schanzer und Alfesio. In ihren Ausführungen stimmten beide darin überein, daß sie für die Regierung stimmten, weil sie überzeugt seien, daß durch Zwischenfälle und persönliche Reibungen nichts weiter erzeugt würde, als Italien bei den großen Schwierigkeiten, die es überwinden müsse, zu schwächen. Darauf erfolgte die bereits gemeldete Abstimmung.

Nach „Popolo d'Italia“ zirkuliert in parlamentarischen Kreisen das Gerücht von dem Rücktritt des Kriegsministers Ruvello. Dieser hat dem Abgeordneten Gallenga, der ihm eine Denkschrift vorlegte, gesagt: Mit dieser Sache wird sich mein Nachfolger beschäftigen. Das selbe Blatt befaßt sich bereits mit der Rückkehr Salandras und erwidert als Kandidaten Sonnino, Vissolati, Tiltoni, Rugazzi und Marcora, und hält die Aussichten des letzteren für die größten. Merkwürdigerweise richtet eben diese Zeitung einen Aufruf an Salandra und fordert ihn auf, das Parlament wegzujagen und durch eiserne Disziplin und eine unbesiegbare Politik den Sieg Italiens zu organisieren. In Sachen des unvorhergesehenen Abstimmungsbeschlusses wird in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß er nicht mit den Ereignissen in der Kammer, sondern mit militärischen Angelegenheiten höchster Wichtigkeit zusammenhänge.

Der sozialistische Bürgermeister von Alfonti, Garavini, wurde, wie dem „Avanti“ am 22. Februar gemeldet wird, auf Grund einer anonymen Denunziation beim Provinzialpräsidenten von Modena, zeitweilig seines Amtes enthoben. Der anonyme Brief enthält die Anschuldigung, daß Garavini sich unzulässig über den Krieg geäußert habe. Seine Enthebung vom Amt ist dann sofort, trotzdem sie nur zeitweilig ist, zur Einberufung zum Doere genügt worden, da der man nicht berechtigt gewesen wäre, wenn er im Amt bliebe.

Wie Italien dem kranken Serbien half.

Wolfes Bureau berichtet: Unter der Beute, die den bulgarischen Truppen in Kif in die Hände fiel, befand sich auch eine größere Menge von Arzneimitteln, die von Italien an Serbien geliefert worden waren. Dem mit der Sichtung dieser Beutefunde beauftragten Sanitäts-offizier fiel es auf, daß einige Mäddchen der noch in der Originalpackung befindlichen Arzneimittel feucht waren und Mäde zeigten, während die nach dem Ausbruch darin enthaltenen Arzneimittel nicht die Eigenschaften besaßen, feucht zu werden.

nach Europa, konnte Deutschland, England und Frankreich, und ich sage: Deutschland gehört die Zukunft.“

Am nun das Durcheinander der Meinungen noch größer zu machen, hat sich eine andere Tochter mit einem Uguader von italienischer Abstammung verlobt. Das junge Mädchen ist eine große Bewunderin der Deutschen; ihr Verlobter dagegen ist von den „deutschen Greueln“ in Belgien felsenfest überzeugt.

Neulich nun war die ganze Familie versammelt; auch die Verwandten aus Uruguay waren herübergekommen. Bei der Suppe fing irgend jemand unvorsichtigerweise vom Krieg an, und das Anglist war fertig. Es entspann sich ein solcher Streit, daß man darüber das Essen vergaß, sich gegenseitig mit Bewürfen überschüttete und schließlich in höchstem Zorn vom Tisch aufstand. Erst den Bemühungen einer der jungen Frauen gelang es nach längerer Zeit, die Gemüter so weit zu beruhigen, daß man sich wieder hinsetzte, um weiter zu essen, nachdem man sich gegenseitig das Versprechen abgenommen und gegeben, nicht mehr vom Kriege zu reden.

Die alte Mutter hörte ich gar oft seufzen: „Ach wäre doch der Krieg erst vorüber, daß man wieder in Ruhe leben könnte und nicht jeden Augenblick Frieden zu stiften bräuhete.“

Auf Urlaub.

Der „Temps“ vom 26. Februar erzählt folgendes hübsche Geschändchen von einem französischen Landwehrmann, der auf Urlaub in die Heimat fahren wollte:

Doheim hatte er Frau und Kinder. Die hätte er gern vom Etappenort aus telegraphisch benachrichtigt. Seine Finger waren im Kriegsdienst etwas fleißig geworden, und die Abfassung des Telegramms war überhaupt nicht leicht. Es gibt Telegramme, die einzeln so viel Mühe machen, wie ein Viehschreiben, und schließlich war dieses Telegramm ja auch so etwas, wie ein Viehschreiben. Nun hand er vor dem Schalter, sein Blatt Papier in der einen Hand, ein Glas in der anderen. „Sie sind Soldat?“ fragte der Beamte. „Allerdings!“, und der Landwehrmann bestellte sich, seine Papiere auszubreiten. „Ist nicht nötig“, sagte der Beamte. „Dah Sie Soldat sind, sieht man ja. Aber es ist den gewöhnlichen Postämtern hier verboten, Telegramme von Militärs anzunehmen.“

„Aber ich telegraphiere ja keine Neuigkeiten von der Front. Es ist doch nur, um meiner Frau und meinen Kindern zu sagen, daß ich Urlaub habe. Reisen Sie doch!“

Über der Beamte hatte nun einmal seine „Instruktion“. „Verschwiegenheit!“ bestrich der arme Urlauber. „Aber in seiner Verzweiflung fiel ihm eine Frage ein: „Wenn nun ein

Kleines Genieleton.

Ankauf von Goldschmuck.

In Rheinlande sollen demnächst Gold-Ankaufstellen errichtet werden. Es handelt sich dabei um eine private Organisation, die von der Reichsbank insofern unterstützt wird, als sie Beamte zur Verfügung stellt, welche die Organisation fördern sollen. Die Ankaufstellen selbst sollen sich mit dem Ankauf nicht befassen. In allen Städten sollen Gold-Ankaufstellen solcher Art errichtet werden. Für das platte Land gedenkt man Ausschüßstellen einzurichten, die in der Hauptstadt von Geldsachen und Werturen zu bedienen werden. Für den Goldankauf ist folgender Preis festgesetzt worden. Es kann bezahlt werden für ein Gramm Gold:

8 Karat (833/1000)	0.75
14 „ (585/1000)	1.50
18 „ (750/1000)	1.80
21 1/2 „ (900/1000)	2.20
Feingold	2.70

Diese Preise bilden aber die Grundlage für die anderen Goldlegierungen. Gewisse Goldsachen, namentlich Broschen, Armbänder aus dem letzten Jahre, die mit einer Mischung von Gold und Silber gefüllt sind, sollen nach Gewicht erst angekauft werden, wenn sie vorher ausgebrannt sind. Trauringe will man zum Ankauf nur dann zulassen, wenn es sich um die Ringe Verlobter handelt. Edelsteine und Perlen verbleiben dem Verkäufer; sie werden vorsichtig aus der Fassung herausgenommen. Endlich soll Vorrat getrocknet werden, daß Goldsachen, die einen Kunst- oder Kulturbedeutung darstellen, nicht ohne weiteres eingeschmolzen werden. Wird ein Kunst- oder Kulturbedeutung festgestellt, kann der Verkäufer das Stück zurückkaufen, und wenn er darauf verzichtet, soll es einem Kunstmuseum zum Kauf angeboten werden.

Die Rache des Theologen.

In der „Zeitung der 10. Wiener“ erzählt ein Dispositionsfahrer folgendes amüsante Geschändchen aus der alten deutschbaltischen Universitätsstadt Dorpat: In den achtziger Jahren war Alexander Schmidt, Professor der Medizin, dort Rektor. „Der Rufschmidt“, wie die Studenten ihn wegen seiner Forschungen auf dem Gebiet des Blutumlaufs nannten, zeichnete sich durch große Strenge aus. Als einmal ein Theologe einen längeren Urlaub zur Hochzeit der Schwester erbat (die Studenten durften ohne Urlaub die Universitätsstadt nicht verlassen), wurde sein Gesuch wegen der „Wichtigkeit

Die daraufhin angeordnete Untersuchung führte zu dem überraschenden Ergebnis, daß die Arzneimittel in einer Weise gefälscht waren, wie man es bisher noch nicht beobachtet hatte.

Die Aufmachung der Arzneimittel ist die folgende: Die Flaschen sind versiegelt und tragen die Bezeichnung:

Stabilimento Farmaceutico

Milano G. Bionti Milano

1. Gr. 500 Pastilli Chinini sulphurici à 20 mgr. (Bei der Untersuchung konnte kein Chinin entdeckt werden.)

2. Diamydropyria Gr. 250. (Dieses Präparat enthält 90 Prozent schwefelsaures Natrium.)

3. Hydrargyrum chloratum milie Gr. 25. (Dieses bestand hauptsächlich aus schwefelsaurem Natrium.)

4. Hydrargyrum chloratum ammoniatum Gr. 100. (Bestand ebenfalls aus schwefelsaurem Natrium.)

5. Natrium Salicylicum Gr. 500. (Dieses saß in weißen Präparat hatte eine bräunliche Farbe, enthielt kein Salicyl, wohl aber doppeltkohlensaures Natrium.)

6. 500 Gr. Pastilli Bichlorureti Hydrargyri et Chlorureti Natrii ana Gr. 1. (Diese Sublimatpastillen enthielten kein Sublimat, sondern einen Gehalt an Sublimat.)

Da diese Arzneimittel feinen oder nur einen ganz geringen Heilwert besitzen, ist es verständlich, daß der Gesundheitszustand der kranken Armen durch die mit Bundesbrüderlicher Bereitwilligkeit gelieferten Heilmittel nicht gebessert wurde. Für die Zuspätschiebung der Mittelbeschaffung ist der Gebrauch jedenfalls verboten worden.

Reichstag und Landtag.

Das bekannte Eingreifen der Haushaltskommission des preussischen Landtags in Angelegenheiten der Reichspolitik, das auch zu einer scharfen Kritik durch den Reichskanzler führte, gibt dem Staatsrechtslehrer Professor Dr. Laband Anlaß, die Abgrenzung der Zuständigkeit des Reiches und der Einzelstaaten zu erörtern. Er befreit den Landtag das Recht, Fragen der Reichspolitik zu behandeln, weil sonst der einzelne verantwortliche Reichsminister, der Reichskanzler, penibel wäre, im Deutschen Reich herumzulaufen, um den Einzelstaaten Vorwürfe über die Reichsangelegenheiten zu halten, welche der Landtag auf seine Tagesordnung zu setzen beliebt. Professor Laband fährt dann fort:

„Ein Beschluß des preussischen Abgeordnetenhauses als der Vertretung der Bevölkerung des weitaus größten und volkreichsten deutschen Staates würde eine viel größere politische Bedeutung haben als ein Beschluß des Landtages eines anderen, namentlich eines kleinen Bundesstaates; um so mehr würde es sein, wenn solchen Beschluß die Reichsregierung und denen des Abgeordnetenhauses eine Meinungsbildungsbefugnis sich erproben würde. Diese Gefahr ist aber infolge der großen Verschiedenheit des preussischen Wahlrechts und des Reichstagswahlrechts und der dadurch bedingten Verschiedenheit der Parteiverhältnisse nicht ausgeschlossen. Um so mehr ist es geboten, daß die Zuständigkeitsgrenzen von beiden Körperschaften sorgsam immerwährend werden. Es würde weder politisch noch staatsrechtlich gerechtfertigt sein, wenn für bestimmte Angelegenheiten eine Gesamtvertretung des ganzen deutschen Volkes beliebt, daneben noch Vertretungen einzelner Teile der Bevölkerung eine Einmischung in die Behandlung dieser Angelegenheiten zu gestatten; es würde dafür kein Bedürfnis bestehen, wohl aber würden die Meinungen zwischen den Reichs- und Staatsorganen vermehrt werden.“

Den Bundesstaaten ist die Mitwirkung an der Reichsregierung gesichert durch ihre Vertreter, die sie in den Bundesrat entsenden und denen sie bindende Instruktionen erteilen. Diese Instruktionen können allerdings zum Gegenstand der Verhandlungen des Landtages jenes Staates gemacht werden, dessen Regierung sie erteilt hat. Der ganze Vorgang würde aber ein innerstaatlicher sein, der die Organe des Reiches, insbesondere den Reichskanzler nicht berührt. Auch aus der Tatsache, daß ein Bundesrats-Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten bestünde, dürfte kein Vorwand das Recht herleiten, solche Angelegenheiten zum Gegenstand der Willensäußerung zu machen, denn dieser Ausschuß hat nur Mittelungen des Reichskanzlers entgegenzunehmen, nicht aber das Recht, Beschlüsse zu fassen. Prof. Dr. Laband schließt: „Es gibt allerdings kein Mittel, um wirksam zu verhindern, daß Mitglieder der Landtage über Reichsangelegenheiten, namentlich über die auswärtige Politik, reden und Anträge stellen, und daß die betreffende Kammer darüber Beschlüsse faßt; aber eine staatsrechtliche Bedeutung kommt

solchen Vorgängen nicht zu, und der Reichskanzler kann sie völlig unbeachtet lassen wie andere ihm von nicht berufenen Seite entgegengebrachte Wünsche, Ansichten und Ratsschläge.“

Neue Bahnen.

Man schreibt uns: Dr. Im Fürstentum Lippe hat die Regierung schon dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Einsetzung eines Wirtschaftlichen Beirats unterbreitet.

Die Gesetzentwürfe enthält die Bestimmung, daß der Regierung ein „Wirtschaftlicher Beirat“ zur Seite gestellt werden soll, der die Aufgabe hat, die Regierung in wirtschaftlichen, sozialpolitischen und technischen, auf die Förderung der Volkswirtschaft, insbesondere von Handel, Gewerbe und Industrie, sowie der Land- und Forstwirtschaft gerichteten Fragen zu beraten und zu diesem Zweck alle Vorgänge und Verhältnisse im wirtschaftlichen und sozialen Leben zu verfolgen. Die Mitglieder sollen zum Teil vom Fürsten ernannt, im übrigen „von der Handels- und der Landwirtschaftskammer, sowie von der Landwirtschaftskammer und Arbeitskammer, sofern solche errichtet werden, bis dahin vom Landwirtschaftlichen Hauptverein und gemeinschaftlich von dem Zieglergewerkschaften, dem Zieglermeisterverbände und den in Lippe vorhandenen Gewerkschaften“ auf die Dauer von 3 Jahren gewählt werden. Das Amt ist ein Ehrenamt, aber die Mitglieder erhalten 9 Mar. Taschengeld und Urlaub ihrer Auslagen. Zur Beiratsbildung führt die Regierung an:

„Die Verhältnisse des Reiches haben die sozialen Verwaltungsbefugnisse vor eine Fülle neuer wirtschaftlicher Aufgaben gestellt, die ihrer Tätigkeit bisher fernlagen und an ihre Leistungsfähigkeit die größten Anforderungen stellen. Die für die Regierung ist sich der Pflichten, welche ihr den wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen gegenüber hinsichtlich der Förderung und Förderung auf volkswirtschaftlichem Gebiete erwachsen sind, voll bewußt. Um ihnen gerecht werden zu können, erscheint es notwendig, ein Organ zu schaffen, das in Ergänzung der staatlichen Arbeit eine sachgemäße und rechtzeitige Beratung der Staatsregierung in allen Zweigen der Volkswirtschaft durch hervorragende Männer des praktischen Lebens gewährleistet. Eine Einrichtung, die ... dauernd bleiben soll und ihre Wirksamkeit besonders nach dem Kriege fördern soll, wenn es gilt, ... in fortwährender Entwicklung und gleichzeitiger Arbeit neue zeitgemäße Schöpfungen vorzubereiten und ins Leben zu führen. Der wirtschaftliche Beirat wird auf diese Weise zugleich berufen sein, zum Wohle des Heimatlandes ein neues gemeinsames Band zwischen Staat und Bürger zu knüpfen.“

Man wird zunächst abwarten müssen, was der Landtag aus diesem Gesetzentwurf macht. So wie der Beirat geplant ist, wäre er sehr unter der Vormundschaft der Regierung gestellt, aber es käme sehr leicht auch auf ihn selber an, sich gehörenden Einfluß zu sichern. Die Beratung der freien Gewerkschaften zur staatlichen Mitarbeit — so selbstverständlich sie überall sein dürfte — wäre hier dann wenigstens zur Tat geworden.

Die Frage der Kriegsprimaner.

Die Haushaltskommission des preussischen Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwoch das Kapitel „Universitäten“. Dazu wurde folgender Antrag angenommen: „Die Kommission wolle beschließen, die für Staatsregierung zu erlassen, baldmöglichst einen besseren Ausbau des Studiums der Verhältnisse fremder Länder im Interesse des akademischen Dienstes, des Nationalismus und der wirtschaftlichen Entwicklung von Handel, Industrie, Landwirtschaft und Technik im Hinblick auf bestehende Hochschulen oder andere Einrichtungen Sorge zu tragen.“ Zur Frage der Kriegsprimaner lagen ein Antrag des Zentrums und der Nationalisten vor. Beide verlangten das Recht, die Kriegsprimaner, die eine Prüfung vor Eintritt in das Heer nicht abgelegt haben, während der national-liberalen Antrag ohne nachmaligen Schulbesuch dieses Recht zu verweigern. Der Zentrumsantrag, die Errichtung von Ergänzungslehrgängen an der Hochschule ins Auge zu fassen und zu diesem Zweck die preussische Staatsregierung zu ersuchen, mit deutschen Bundesstaaten sich zu gleichzeitiger Behandlung in Verbindung zu setzen. Der Minister erklärte sich im wesentlichen mit dem Zentrumsantrag einverstanden, teilte aber zugleich mit, daß der Kriegsminister sich gegen die Notwendigkeit der Errichtung der Ergänzungslehrgänge nicht wünschenswert erscheinen lassen, daß die Zeit, so jung in das einzutreten, weitergefordert wird. Eine Verhandlung

Neu, der im Jahre 1912 von der russischen Regierung durch die Vorsehung, daß die ihm zur Zeit gelegenen politischen Verhältnisse verhängt seien, aus dem Ausland nach Rußland zurückgeführt wurde, war an der Grenze verhaftet und bis zur Kriegsausbruch auf der Warschauer Festung in Untersuchungshaft gehalten worden; bei der Räumung der Warschauer Gefängnisse im August 1914 wurde er mit den gemeinsamen Verbrechern auf der berüchtigten „Kloppa“ nach Osten transportiert, 1915 schwerkrank, zwecks Aburteilung in ein Warschauer Gefängnis zurückgeführt. Nachdem er unter dem Titel „Briefe eines Ausgestandenen“ seine gesamten Gefängnis- und russischen Gefängnisaufzeichnungen aufgeschrieben und diese im März des Jahres 1915 in Rußland veröffentlichte, das dem Schicksale, während des Kriegs in feindlichen Ländern Gefangenen gewidmet ist, veröffentlicht. Neben dem Buch „Wund“, der höchsten politischen Partei unter den Juden der alten und neuen Welt, das unbedingte Vertrauen des Proletariats, das in ihm seinen größten Führer vereint. Er gilt als einer der glänzendsten politischen Redner Rußlands.

— Unabhängig vom endlichen Ausgang des Weltkrieges müssen schon jetzt Wege gebahnt werden, die uns heute und später die „anderen“ besser verstehen lehren, die uns zeigen, woher sie gekommen, wer sie sind, welche Kräfte ihr Band brechen und auf welche Arbeit sie ihren Fleiß verwenden; wie wünschen uns von ihnen wie drücken werden des Verständnisses, die zu gegenseitiger Achtung führen können und die dem Handel und Wandel sowohl wie der Wissenschaft die Wege von einem Land zum anderen eröffnen und in friedlichem Wettbewerb die Ausübung natürlicher Gaben erlauben. Dieser Aufgabe zu dienen ist nicht allein die politische Weltanschauung bedeutsam, sondern ebenso sehr die Darstellung der natürlichen und kulturellen Entwicklung. Eine landeskundliche Geschichtsabteilung wird helfen können, die Wege zu bereiten. Allen diesen Zielen soll die neue Sammlung dienen, die von uns vorbereitet wird: „Reichs- und Länderkunde zum Gebrauch im praktischen Leben.“ Nicht im üblichen Sinne „populär“ soll diese neue Ausgabe die Zahl der bekannten Sammlungen vermehren, sondern gemäß der bestimmten ihr zuteilenden Aufgabe geschlossene, vollständige Arbeiten aus der Feder nur anerkannter Forscher bieten, und zwar in einer Form, die auch den Gelehrten reizen kann, sich mit dem Buche zu beschäftigen. Noch mehr aber soll sie den Mann des wirklichen Lebens fesseln, so daß er Einblick erhält in Werden und Sein der Nachbarländer und ihrer Bewohner, damit er seinen Blick erweitern und, Rückschau haltend, den politischen Entwicklungen mit vertieftem Verständnis folgen kann, um Möglichkeiten und Aufgaben für Deutschland sowohl wie für den einzelnen nach eigenem Urteil zu prüfen und zu erkennen. Jeder Band wird, ausgehend von den natürlichen Voraussetzungen des Bodens, des Klimas und der Rasse, einen einzelnen Staat oder eine Völkerschaft behandeln und neben der politischen in erster Reihe die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung schildern. Nach Erscheinen der einzelnen Bände kommen wir auf diese zurück.

mit Vertretern sämtlicher Bundesstaaten soll noch in diesem Monat stattfinden. Ganz ohne Prüfung des Reisezweckes zu geben, ging nicht an. Der Antrag des Zentrums wurde sodann mit einem Änderungsantrag der Freikonserativen in folgender Fassung angenommen: „Die Kommission wolle beschließen, die für Staatsregierung zu erlassen, mit den Regierungen der übrigen deutschen Bundesstaaten in Verbindung zu treten, um eine gleichartige Behandlung der sogenannten Kriegsprimaner zu erreichen, wobei eine Nachprüfung der Reifeprüfung in geeigneten Fällen und die Einsetzung von Ergänzungslehrgängen ins Auge zu fassen ist.“

Burgfriedliche Forderung der Gelben.

Die Firma Wäcker & Kirsch, A.G., Dresden-Mieschen, Barbarastr. 48, kann es selbst in der Kriegszeit nicht unterlassen, für ihren gelben Werberin Propaganda zu machen. Sie legt allen neu eintretenden Arbeitsskräften einen Zettel zum Ausfüllen und zum Unterschriften vor, der folgenden Wortlaut hat:

Beitrittsklärung.

Unterzeichnete erklärt sich zum Beitritt in den Werberin der Firma Wäcker & Kirsch, Aktiengesellschaft, Dresden, bereit und versichert, keiner sozialdemokratischen Partei, noch einer ihr nachstehenden Organisation anzugehören. Name ... Angemeldet am ... durch ... Unterschrift ...

Wie und darüber wird, preist die Zeitung der Firma beim Eintritt einer neuen Arbeitskraft den Verein als Unterstützungsbereich an, der nur für das Wohl der Arbeiter wirke; diejenigen, die den Zettel nicht ausfüllen und dem Verein nicht beitreten, sollen sich anderweitig Arbeit suchen. Gegen eine solche Handhabung des Burgfriedens sollten die Gewerkschaften durch Streik sich zur Wehr setzen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Kommerzialrat Rosenthal, Vorsitzender der Zentralkasse der Interessenten für die Leipziger Rasterwerke, wohl einer der zukünftigen Kenner und Beurteiler der Leipziger Messe, hat sich über den Verlauf der diesjährigen Frühjahrsmesse etwas wie folgt geäußert: Die vierte Kriegsmesse ist in ihren Ergebnissen einer Friedensmesse gleichzustellen.

Der Mangel an Papier macht sich überall mit fühlbarer Schärfe bemerkbar. In Frankreich hat dieser Mangel schon herbeigeführt, daß das „Journal“, der „Matin“, das „Petit Journal“, der „Petit Parisien“ geschlossen haben, an fünf Tagen in der Woche nur noch vierseitig, an den übrigen sechsseitig zu erscheinen. Weitere Blätter werden demnächst ähnlich ihren Umfang einschränken.

Die türkische Kammer hat einen Gesetzentwurf genehmigt, durch welchen die Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahre ausgedehnt wird.

Agence Habas meldet aus Carthago in Spanien: 3000 Ausländer verließen, eine kleine Fabrik zu schließen. Sie wurden von einer aus Genähten und Soldaten gebildeten Fabrikwache daran gehindert. Bei dem Zusammenstoß wurden fünf Ausländer getötet, elf Ausländer und sechs Soldaten verletzt.

„Times“ meldet aus Toronto, daß die kanadische Regierung einen Betrag von 10 Millionen Pfund für die Munitionskäufe bereitstellt. Das Geld wurde mit Hilfe des kanadischen Bank aufgebracht.

Der Ordnungsschrecken auf Ceylon.

Am vorigen Jahre brachte die englische Tagespresse die Nachricht, daß auf Ceylon Unruhen ausgebrochen, aber wieder unterdrückt worden seien. Ein Handbuch, das vom Gouverneur der Kolonie, Sir Robert Cholmers, herausgegeben worden ist, gibt jetzt einen etwas genaueren Einblick in die damals mit solcher Anspannung beherrschten Vorgänge. Es zeigt, daß die englische Kolonialverwaltung, wenn es gilt, die gefährlichen Interessen des Imperialismus zu schützen, alle die Mittel anwendet, die von altersher dienen, den europäischen Kolonialmächten die Herrschaft über ausbeutungsfähige fremde Rassen und ihr Gebiet zu erhalten.

Der Aufstand brach in Randu aus, einer durch ihre Schönheit berühmten Stadt im Innern der Insel. Er begann mit einem Angriff der buddhistischen Singhalesen auf die mohammedanischen Mauren und hing mit religiösen Vorurteilen zusammen. Aber es spielten auch Rassen- und ökonomische Gegensätze hinein. Die Mauren sind für die Singhalesen „Feinde“, und sie sind als Krämer und Kleinbändler vielfach Gläubiger der singhalesischen Dorfbewohner. Die Unruhen griffen rasch um sich und erreichten einerseits die größte Stadt Colombo und im Süden Galle. Die Läden, Wohnhäuser und Wohnhäuser der Singhalesen wurden verbrannt und geplündert. 25 Mauren wurden getötet, 180 verwundet, 4 Frauen geraubt. Der Aufstand hatte am 29. Mai begonnen, am 2. Juni wurde das Kriegsgesetz verhängt, am 5. Juni war die Ruhe wiederhergestellt. Während der „Unruhenaktion“ töteten die Soldaten und Polizisten, soviel festgestellt worden ist, 63 Personen.

Nun kommt aber erst das Entscheidende. Die Erhebung war — wenigstens nach dem offiziellen Bericht — eine Bewegung ungebildeter Dorfbewohner gegen eine andersartige, in wirtschaftlichem Gegensatz zu ihnen stehende städtische Bevölkerung. Aber der Unterdrückungsapparat, der von der Regierung in Bewegung gesetzt wurde, arbeitete nicht nur auf eine ungeheure quantitative Wirkung hin, sondern er wurde mit besonderem Eifer auf die geistige Vorantretenden Elemente der singhalesischen Bevölkerung gerichtet. Das Kriegsgesetz blieb bis zum 31. August in Kraft, also drei Monate. In dieser Zeit wurden 9000 Personen vor Gericht gezogen und 5000 verurteilt, 412 kamen vor die Kriegsgerichte, 358 wurden verurteilt, davon 83 zum Tode. 34 wurden hingerichtet, sehr viele andere erhielten schwere Freiheitsstrafen. Noch lange Zeit nach Beendigung der Unruhen wurden

Wichtig, ein richtiger Einblick in die Welt. Ihnen diese Depeche brachte, würde sie dann angenommen?

„Natürlich“, antwortete der Mann am Schalter.

Der Unbekannte durchsah mit seinen Augen das ganze Postamt. Es war leer, bis auf eine Frau. Und diese Frau war jung und sah gar nicht böse aus, sie war sogar recht hübsch und gerade damit beschäftigt, eine Karte aus einem Brief zu ziehen und ihn in den Kasten zu werfen. Da sprach er auf sie zu: „Gnädige Frau!“ Sie sah ein wenig erschrocken drein, denn bei diesen Soldaten, die von der Front kommen, weiß man ja nie, was für Wünsche sie haben. Aber der furchtbare Blick fuhr fort: „Gnädige Frau, wollen Sie nicht meine Kriegspostkarte?“ Er sprach das in einem Tone, als wenn er sagen wollte: Keinen Widerstand, oder ich bringe Sie um!

Die Dame streifte nach dem Ausgang; aber entschlossen vertrat er ihr den Weg: lieber sterben, als einen Gefangenen entweichen lassen. Aber er möge jetzt wenigstens seine Stimme: „Hören Sie mich doch an, gnädige Frau, ich bin Soldat, verheiratet, Familienvater ...“ Da ermete die hübsche Dame auf und zog ihre Geldbörse aus dem Taschentuch. Das war zwar auch noch ein Risikobehandlung, aber nun konnte man doch wenigstens miteinander reden.

Und einige Sekunden später stand die junge Frau am Schalter und lud die Vergnügen. Auch der Unbekannte wollte sich halb tot lachen, und selbst der Beamte stimmte in die allgemeine Heiterkeit ein und meinte: „So, so, Sie haben den Teufel entdeckt! Ich dachte es Ihnen nicht, wie man's anfangen muß. Aber nun soll mir's gleich sein. Ist die gnädige Frau eine Zivilperson? Ja oder nein?“

Feldgrane Verständigung.

Die „Deutsche Wochenschrift für die Niederlande“ erzählt die folgende lustige Begebenheit: In A. steht bei einem preussischen Korps bayerische Feldartillerie. Ein paar Preußen entlehnen bei ihr Schaulaufen. Sie erhalten sie.

„Was ist's abo glei wieda z'rud bringa.“

„Was meinstu?“

„Lini bringa solts es.“

„Weder kein Verstehen.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

„Lug mit reut.“

Bücher und Schriften.

Briefe eines Ausgestandenen.

Wladimir Redem, einer der Führer der großen jüdisch-sozialistischen Partei, ist bekanntlich durch die einrückenden deutschen Truppen in Warschau aus dem Gefängnis befreit worden.

Flotte Türken

Hochfeine 2 Pfg. Zigarette

A. MECKSTEIN & SÖHNE, DRESDEN

TRUSTFREI

den bekannte, hochachtete und gebildete Singhaleesen ins Gefängnis geschleppt und viele von ihnen ohne Prozessform festgehalten.

Die Regierung erklärte weiter die Singhaleesen für den dem Eigentum der Mauren zugefügten Schaden für haftbar. Der Schaden wurde auf etwa 6 Millionen Rupien (8 Millionen Mark) geschätzt. Es wurde angenommen, daß alle Singhaleesen schuldig seien. Spezialkommissionen gingen von Dorf zu Dorf und schätzten den Schaden ab. Dann wurde den einzelnen Orten die Alternative gestellt, entweder einen auf die Schadensumme ausgestellten Schuldschein mit Verpfändung aller Baulandgüter auszufüllen oder eine Steuer zu erheben, die in der gleichen Höhe auf den Besitz aller Singhaleesen gelegt werden würde. Man gab aber den Dorfbewohnern zu verstehen, daß im ersten Fall die Verfolgung der Aufrechter unterbleiben, im zweiten stattfinden würde. Die Freiheit der Wahl war also nicht sehr vollkommen.

Ein Mitarbeiter des „Labour Leader“, der in Ceylon Land und Leute, desgleichen die Regierung kennt, übt an der letzteren eine scharfe Kritik. Die Vollmachten der Regierung hätten durchaus ausgereicht, um mit der Bewegung auch ohne Kriegsrecht fertig zu werden. Die Strafen seien sinnlos streng, die kollektive Haftbarmachung der singhaleesischen Gemeinden ein Willkürakt. Vor allem sei aber ein bloßer Aufstand aus religiösen Motiven wie ein Aufstand gegen die britische Regierung behandelt worden. Diese Regierung selbst aber erkläre, daß die Bewegung keinen antientenglischen oder antieuropäischen Charakter gehabt habe. Kein einziger Europäer, kein Regierungsbeamter wurde angegriffen, kein Regierungsgebäude beschädigt.

Der Kritiker hofft, daß das Parlament dieses ungeheuerliche Verfahren bei der Unterdrückung der Bewegung einer Untersuchung unterwerfen werde. Der Gouverneur hat erklärt, daß die Unruhen gewissermaßen einen britenfreundlichen Charakter getragen hätten, da Gerüchte unter den Singhaleesen über ein Vorgehen der Regierung gegen die Mohammedaner eine Rolle dabei gespielt hätten. Am 7. Juli aber benachrichtigten die Militärbehörden die Regierung, daß, ohne daß ein direkter Beweis da wäre, bei denen, die die unruhigen Gegenden besucht hätten, die Ueberzeugung vorhanden sei, daß die Bewegung in letzter Linie gegen die Europäer gerichtet sei und darum die energischsten Maßnahmen nötig mache. Diese „Ueberzeugung“ hat dann die Bekämpfung der Bewegung beherrscht. Sie hat zur Einfrierung angeblicher Singhaleesen ohne zureichendes Verfahren geführt. Wenn diese, fragt der Kritiker, wirklich eine Bewegung gegen die Regierung ins Werk setzen wollten, warum hat man sie nicht mit den 83 zum Tod Verurteilten auf die Anklagebank gebracht? Warum hat man die Strenge nur gegen die unruhigen Dorfbewohner walten lassen? Und warum hat man jene ohne gerichtliches Verfahren freigelassen?

Gestorbene.

Ausgang aus den Frankfurter Stadtbüchern.

- 7. März. G. Anke, Susanna, geb. Gersch, verh., 61 J., Humboldtstraße 58.
- 7. März. Johann Adam, Pfänder, Witwer, 77 J., Richard-Wagner-Straße 11.
- 7. März. Joseph Heinrich, 1 M., Nebelöder Straße 76.
- 7. März. Susanna Christine Philippine, ledig, 84 J., Im Büßling 21/25.
- 7. März. Hof. Privatier, Witwer, 78 J., Gagerstraße 36.
- 7. März. Melonie, geb. Girsch, verh., 36 J., Gagerstraße 36.
- 7. März. Maria, geb. Müller, verh., 48 J., Am Ostfaden aus dem Main gelandet.
- 7. März. Karl, Tagelöhner, 52 J., Sandhöfer Allee 4.
- 7. März. Karl Valentin, Buchdrucker, verh., 42 J., Eschenbachstr. 14.
- 7. März. Selma Sara, 8 M., Wollgraben 12.
- 7. März. Ewald, geb. Springer, verh., 77 J., Gagerstraße 36.
- 7. März. Werner, Lagerarbeiter, verh., 47 J., Eschenbachstr. 14.
- 7. März. Heinrich Aug. Konrad, Buchhalter, verh., 61 J., Eschenbachstr. 14.

Auf dem Schlachtfelde gefallen:

- 27. Mai 1915. Bonauer, Johann, Ers.-Res., Stellmacher, ledig, 23 J., letzte Wohnung Ringer Landstraße 137.
- 25. Sept. von Bodmer, Alfred Ferd. Ernst Florens Wilhelm Hermann Lorenz Joseph, Jährling, ledig, 20 J., letzte Wohnung Ringerstraße 16.

Spielplan der Frankfurter Theater.

Frankfurter Opernhaus.

- Donnerstag, 9. März, 7 Uhr: „Die Jüdin“. 19. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Gewöhnl. Fr.
- Freitag, 10. März: Geschlossen.
- Samstag, 11. März, 7 Uhr: „Alessandro Stradella“. 19. Vorst. im Samstag-Abonn. Gewöhnl. Fr.
- Sonntag, 12. März, 3 1/2 Uhr: „Die Fledermaus“. Vorstell. bei ermäßigten Preisen. Außer Abonn. — 7 Uhr: „Die Königin von Saba“. 18. Vorstell. im Sonntag-Abonn. Große Fr.
- Montag, 13. März: Geschlossen.
- Dienstag, 14. März, 6 Uhr: „Die Weiskinder von Nürnberg“. 20. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Große Fr.
- Mittwoch, 15. März, 7 Uhr: „Der Waffenschmied“. Abonnementsvorstellung für den am 21. Nov. 1915 ausgefallenen Sonntag.
- Donnerstag, 16. März, 7 1/2 Uhr: „Fra Diavolo“. Dirigent: Zert.
- 20. Vorstell. im Donnerstag-Abonn. Gewöhnl. Fr.

Frankfurter Schauspielhaus.

- Donnerstag, 9. März, 7 1/2 Uhr: „Im weißen Rößl“. Bei besonders ermäßigten Preisen. Außer Abonn.
- Freitag, 10. März: „Unter Abend“. Vorträge. Hierauf: „Literatur“. Zum Schluss: „Berlin-Bagdad“. Abonnementsvorstell. für den am 1. März ausgefallenen Mittwoch. 19. Vorstellung im Mittwoch-Abonn. Kleine Fr.
- Samstag, 11. März, 7 1/2 Uhr: „Hanno, der Bauer“. Hierauf: „Die Komödie der Irrungen“. 18. Vorstell. im Samstag-Abonn. Kleine Fr.
- Sonntag, 12. März, 3 Uhr: „Wilhelm Tell“. Außer Abonn. Besondere ermäßig. Fr. — 7 1/2 Uhr: „Die Journalisten“. Außer Abonn. Kleine Fr.
- Montag, 13. März, 7 1/2 Uhr: „Unter Abend“. Vorträge. Hierauf: „Literatur“. Zum Schluss: „Berlin-Bagdad“. 19. Vorstell. im Montag-Abonn. Kleine Fr.
- Dienstag, 14. März, 7 1/2 Uhr: „Traumulus“. 20. Vorstell. im Dienstag-Abonn. Kleine Fr.
- Mittwoch, 15. März, 7 1/2 Uhr (Zum ersten Male): „Die gutgeschmittenen Ede“. Tragikomödie in 5 Akten von Hermann Sudermann. 20. Vorstell. im Mittwoch-Abonn. Gewöhnl. Fr.

Neues Theater.

- Donnerstag, 9. März, 8 Uhr: „Dr. Wahl“. Abonn. A. Gewöhnl. Fr.
- Freitag, 10. März, 8 Uhr: „Der Gatte des Fräuleins“. Außer Abonn. Ermäßig. Fr.
- Samstag, 11. März, 8 Uhr: „Ein Prachtmädel“. Abonn. A. Gewöhnl. Fr.

Sonntag, 12. März, 11 1/2 Uhr: Vorlesung von Prof. Emil Rilar: „Frauenleben“. 1. Jens Peter Jacobsen: Frau Høgh; 2. Selma Lagerlöf: Ein Bericht; 3. Gerhart Hauptmann: Das Geheimnis der Frauen. Kleine Fr. — 8 1/2 Uhr: „Der Weibsteufel“. Ermäßig. Fr. — 8 Uhr: „Ein Prachtmädel“. Außer Abonn. Gewöhnl. Fr.

Schumann-Theater

Heute 8 Uhr: Neu! „DON CESAR“. 3642

GROSS-FRANKFURT



Spezialitäten-Theater.

Anfang 8 Uhr 10. Vorher Konzert. Einlass 7 Uhr.

W. Schall & Frau Improvisationen	Jean Clermont Wanderzirkus
Die Obersteirer 8 Personen 8	Geschw. Birkeneder Drabtsellwunder
8 Karoll Sport-Akrobaten	Oscar Albrecht Vortragsmeister
P. & M. Petras Paukünstler	Albert Haas Tenor
	Karl & Lons Luftakrobaten
	Paula Doris Sängerin

Logo 1.75, Res. Platz 1.20, Saal 0.65.

Militär wochentags halbe Eintrittspreise.

Künstler-Brett 3588

Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr. Eintritt 50 Pfg.

Hotel du Nord Kapelle Hofer

Elia Römer.

PIANOS

in den verschiedensten Preislagen besonders preiswert.

Pianohaus Lichtenstein

Zeil 104.

10 wenig getragene

Maß-Anzüge

8 Hüter u. Paletots

billig abgegeben.

Sommerfeld

Schneiderei u. Reinigungs-

anstalt.

Schnurgasse 2, 2. St.

Ecke Badstraße.

Werte große Vorteile durch Reparatur d. Zubehörs u. eig. Herstell. d. Ware. Herren- u. Damen-Anzüge, schwarz, blau, marine, jede Größe vorrät. Hosen, Westmäntel, Rapen, Hüter u. Ueberzieher enorm bill. abg. Berger Str. 107, 1. Herrenschneiderei. Anzüge werb. auch nach Maß mit u. ohne Stoff und Garantie f. ant. St. billig angefertigt. 2884



Genossen! Genossinnen!

Spottbillig kauft man bei mir neue und getragene

Herren-, Damen- u. Kinderkleider

Stiefel, Wäsche usw.

Um gütige Berücksichtigung bitten

Hugo Bollmann nebst Frau

Bergerstr. 217. 0745

Rinds-, Kalbs- u. Hammelsmetzgerei

Hugo Hess

Friesengasse 20a, Bockenheim

Kleiner Metzger am Platz.

Empfehle prima Fleischwaren

Prima

Rind- und Kalbfleisch

empfehlen

S. Hirsch

Bockenheim, Gr. Seestraße 28.

Rödelheim.

Die

Schuhmacheri Fr. Otterbach,

Niederstraße 12

empfehlen extra stark

Kernsohlen

zur Aushilfe

zu billigen Preisen. 1222

Ausschuss für Volksvorlesungen Hanau a. M.

Dienstag den 14. März, abends 8 Uhr,

im Stadttheater: 3604

Volks-Vorstellung.

„Die Stützen der Gesellschaft.“

Schauspiel in 4 Aufzügen von Henrik Ibsen.

Eintrittskarten von 20 bis 50 Pfg. bei Herrn Georg Dabach,

Blasengasse 1, Metzgerstraße 7, sowie in den Konsumgeschäften

Rühlstraße 2, Schürstraße 7, Bangerstraße 14 und in Kesselstraße,

Hauptstraße 33, von Freitag mittag ab zu haben.

Kinder unter 14 Jahren haben keinen Zutritt. Der Ausschuss.

Feiert euern Geburtstag

durch eine Spende!

Theaterplatz 14

Geburtsbureau (2).

Bekanntmachung.

Den Zeichnern auf die vierte Kriegsanleihe wird bekannt gegeben, daß die hiesige, im Reichsbankgebäude befindliche Darlehnskasse Darlehen, welche zur Einzahlung auf gezeichnete vierte Kriegsanleihe gewünscht werden, gegen Verpfändung von Wertpapieren und Schuldbuchforderungen zu einem Vorzugszinsfuß von zur Zeit 5 1/2 % gewährt. Die Reichsbanknebenstellen in Hanau und Offenbach nehmen Darlehnsanträge sowie die zu verpfändenden Wertpapiere zur kostenlosen Weitergabe an die hiesige Darlehnskasse entgegen und stellen alle erforderlichen Formulare im Geschäftsraum oder auf dem Postwege zur Verfügung.

Frankfurt a. M., den 8. März 1916.

Reichsbankhauptstelle.

Beling. Richter.

Zentral-Verband der Dachdecker = Zentral-Vorstand.

TODES-ANZEIGE.

Wir erfüllen hierdurch die traurige Pflicht, von dem plötzlichen Ableben

unseren Kollegen

Otto Koch

aus Hannover

Kenntnis zu geben. — Von uns als Vertreter ins Zentralbureau berufen, erteilte ihn

gleich in der ersten Nacht in Frankfurt das traurige Geschick, einer Gasvergiftung

zum Opfer zu fallen.

Wir verlieren in dem Verschiedenen einen unserer Besten. Ueber 20 Jahre

stand er in unseren vordersten Reihen, gleich tüchtig als Mensch wie als Kämpfer.

Sein Andenken ist bei uns unauslöschlich!

Der Zentral-Vorstand.

I. A.: Jakob Diehl, Zentral-Kassierer.

Die Beerdigung findet in Braunschweig statt.

Todes-Anzeige.

Diese Nacht nahm mir der Tod meinen besten Freund

Otto Koch

Ganleiter in Hannover.

Vertretungsweise sollte er hier tätig sein, da starb

er als Opfer einer heimtückischen Gasvergiftung.

24 Jahre lang schenkte er mir seine Freundschaft,

immer gleich treu als Mensch, Kollege, Freund und

Kämpfer für das Proletariat. 3707

Sein Andenken wird mir immer teuer sein!

Theodor Thomas, Spessartstrasse 17.